

Ohr, Renate

Article — Digitized Version

## Das Dilemma einer kooperativen Stabilisierungspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ohr, Renate (1980) : Das Dilemma einer kooperativen Stabilisierungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 12, pp. 620-624

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135512>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Das Dilemma einer kooperativen Stabilisierungspolitik

Renate Ohr, Essen

**In diesen Tagen schlug zwar der Versuch des Bundeswirtschaftsministers fehl, die Konzertierte Aktion wiederzubeleben. Unbestritten dürfte aber sein, daß eine effiziente Konjunkturpolitik erschwert wird, solange es an wirksamen Koordinationsverfahren fehlt, um Investitionsentscheidungen, Lohnpolitik, Geld- und Finanzpolitik aufeinander abzustimmen. Der folgende Beitrag geht den Koordinierungsproblemen aus theoretischer Sicht nach und untersucht, ob die Theorie Wege zur Entwicklung neuer oder zur Weiterentwicklung bestehender Koordinationsverfahren aufzeigt.**

Eine effiziente Stabilisierungspolitik bedingt zwei Voraussetzungen: Einmal die Bereitwilligkeit der wirtschaftspolitischen Akteure, ihre individuellen Interessen gegebenenfalls der gesamtwirtschaftlichen Zielvorgabe unterzuordnen, zum anderen eine gruppenspezifische Erwartungsstruktur, die die konjunkturelle Entwicklung realistisch einschätzt.

Nun gehört es aber zum Wesen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, daß die Wirtschaftssubjekte ihre Planungen über Produktion, Konsum und Verteilung primär am Eigeninteresse ausrichten und gesamtwirtschaftliche Wirkungen ihrer Aktionen zunächst unberücksichtigt lassen<sup>1</sup>.

So verfolgen die Unternehmen mit ihren Preis- und Mengenentscheidungen vor allem Gewinn-, Umsatz- und Sicherheitsmaximen, die Gewerkschaften orientieren sich an den Verteilungs- und den Beschäftigungswirkungen für ihre Mitglieder, und die Bundesbank hat vorrangig das Ziel der Geldwertstabilität vor Augen.

Die Tarifautonomie als ordnungspolitischer Ausdruck der verteilungspolitischen Neutralität des Staates in der Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhindert einen direkten Einfluß von Regierung und Zentralbank auf Höhe oder Struk-

tur der Tariflöhne. Hier verbleibt allein der Konflikt zwischen dem Versuch der Unternehmer, durch Lohnkostenminimierung ihre Rentabilitäts- bzw. Gewinnsituation zu verbessern, und dem Ziel der Gewerkschaften, durch entsprechende Lohnsteigerungen die Lohnquote zu erhöhen. Bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung „Vollbeschäftigung“ stehen sich dabei das Kostenargument der Arbeitgeberseite und das Kaufkraftargument der Arbeitnehmerseite gegenüber.

Hat die gewerkschaftliche Strategie in der Tarifaus-einandersetzung zunächst Erfolg, so bietet sich den Unternehmern noch die Möglichkeit, die Lohnkostensteigerung auf die Preise zu überwälzen, um den Stückgewinn konstant zu halten. Dies induziert allerdings den Konflikt mit dem vor allem von der Bundesbank vertretenen gesamtwirtschaftlichen Ziel der Preisniveaustabilität. Wird diesem Konflikt mit einer konsequenten restriktiven Geldpolitik begegnet, so entsteht durch Einschränkung der Überwälzungsspielräume die Gefahr eines Beschäftigungsrückgangs durch Angebotsreduzierung. Der Weg zu einer Lohn-Preis-Spirale mit Inflation und/oder Arbeitslosigkeit ist vorgezeichnet, ein Ergebnis, das auch den ureigensten Interessen beider Tarifparteien entgegensteht.

Vermieden wird eine solche Entwicklung nur, wenn relative Lohnzurückhaltung von seiten der Gewerkschaften mit einer stabilitätsorientierten Preispolitik der

---

*Dr. Renate Ohr, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftliche Assistentin im Fachgebiet Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Essen-Gesamthochschule.*

<sup>1</sup> Vgl. E. Preiser: Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, 5. Aufl., Göttingen 1968, S. 95.

Unternehmen verbunden ist. Was hält die Gruppen nun davon ab, sich in dieser Weise unter Umständen zu Lasten einer kurzfristigen, mit Sicherheit aber zugunsten einer mittelfristigen Wohlfahrtsmaximierung stabilitätskonform zu verhalten?

### Preisniveaustabilität als öffentliches Gut

Die Realisierung einer inflationsfreien Vollbeschäftigungssituation ist eine gesamtwirtschaftliche Zielvorstellung aller Wirtschaftsteilnehmer. Da jedoch niemand an der Inanspruchnahme von Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität gehindert werden kann und dies auch nicht die Nutzung anderer Wirtschaftssubjekte beeinträchtigt, erscheint ein eigener Stabilitätsbeitrag auf der Basis einzelwirtschaftlicher Überlegungen als irrational, und zwar insbesondere unter der Annahme, daß die anderen ihren Beitrag zur Produktion dieser Güter leisten<sup>2</sup>.

Die Charakterisierung eines „öffentlichen Gutes“ als ein Gut, von dessen Konsum kein Mitglied der Gemeinschaft ausgeschlossen werden kann (Nichtausschließbarkeitsprinzip) und dessen zusätzliche Inanspruchnahme durch einen Nutzer die Nutzungsmöglichkeiten aller übrigen nicht einschränkt (Nichtrivalitätsprinzip)<sup>3</sup>, trifft damit auf die genannten Stabilisierungsziele zu<sup>4</sup> und beeinträchtigt deren freiwillige Bereitstellung.

Aus Sicht einer Einzelgewerkschaft lohnt sich z. B. eine stabilitätsorientierte Tarifpolitik aus folgenden Gründen nicht: Die für die Bundesrepublik charakteristischen, gegenüber Dachverbänden tarifpolitisch autonomen und nach dem Industrieverbandsprinzip organisierten Gewerkschaften vereinbaren jeweils regional begrenzte, branchenspezifische Tarifstrukturen, deren gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von der Lohnpolitik aller anderen Gewerkschaften abhängen. Die lohnpolitische Zurückhaltung einer einzelnen Gewerkschaft wirkt sich nun bei gegenläufigem Verhalten der anderen nicht nur kaum auf das Gesamtpreisniveau aus, was eine Verschlechterung der vertikalen Einkommensverteilung durch sinkende Reallöhne bedingt, sondern bedeutet zudem eine negative Entwicklung der horizontalen Verteilungsposition (Schlechterstellung der eigenen Mitglieder gegenüber den Mitgliedern anderer Gewerkschaften)<sup>5</sup>. Entsprechend umgekehrt würde sich bei stabilitätsbewußten Lohnab-

schlüssen der meisten anderen Gewerkschaften die Außenseiterposition lohnen, da sie höhere Löhne und eine bessere horizontale Einkommensposition beinhaltet, ohne das Inflationsniveau negativ zu beeinflussen.

Für die Arbeitgeberseite ergeben sich gleichgelagerte Überlegungen: Ein alleiniger Verzicht eines Unternehmens auf Preissteigerungen beeinflusst das Inflationstempo nur minimal und führt zunächst nur zu einer Reduzierung des realen Stückgewinns. Dabei ist diese reale Stückgewinnsenkung eine sichere negative Folge, während der mögliche positive Effekt auf den Absatz ungewiß ist<sup>6</sup>. Bei einer allgemeinen Preisrückhaltung der Unternehmen dagegen spricht vieles für die Free-rider-Position, da höhere Preise nur eines Unternehmens das Gesamtpreisniveau kaum beeinflussen, so daß davon keine neuen höheren Lohnforderungen induziert werden und sich der Stückgewinn entsprechend erhöht.

Der einzelwirtschaftlich rationale Versuch aller, Außenseiterpositionen einzunehmen, um die Kosten der Antiinflationpolitik (Zurückhaltung im Verteilungskampf, Nichtausnutzung des vollen Gewinnspielraums) auf andere zu verlagern, führt also zu einem allseits suboptimalen stabilitätspolitischen Zustand, für den jedoch keiner verantwortlich zeichnen will. Dies kennzeichnet auch den vermeintlichen Widerspruch zwischen dem allgemeinen Ruf nach Preisstabilität und der geringen Bereitschaft, die entsprechenden Kosten (Reduzierung der eigenen Ansprüche an das Sozialprodukt) freiwillig mit zu übernehmen, da die Free-rider-Position lohnender erscheint<sup>7</sup>.

### Prisoner's Dilemma

Die hier dargestellten Interaktionen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Bundesbank, die durch den Versuch der individuellen Nutzenmaximierung zu gesamtwirtschaftlich stabilitätswidrigen Verhaltensweisen führen können, lassen sich durch spieltheoretische Ansätze analysieren. Mit Hilfe solcher Untersuchungsmethoden kann geprüft werden, ob sich eine Lösungsmöglichkeit für den Interessenkonflikt eröffnet. Die Analyse der Verhaltensweisen und

<sup>2</sup> Vgl. H. R i b h e g g e: Außenseiterproblem und Stabilisierungspolitik, Tübingen 1979, S. 6.

<sup>3</sup> Vgl. M. S t r e i t: Theorie der Wirtschaftspolitik, WISU-Texte, Düsseldorf 1979, S. 48; R. A. M u s g r a v e, P. B. M u s g r a v e: Public Finance in Theory and Practice, 1973, 2. Aufl., New York, Kap. 3.

<sup>4</sup> Entwickelt wurde dieser Ansatz zur Preisniveaustabilität als „öffentliches Gut“ u. a. von H. M ö l l e r: Bemerkungen zur Bekämpfung der Wachstumsinflation, in: Kyklos, Bd. 20 (1967), S. 200; und B. S. F r e y: Inflation und Verteilung: Die Sicht der ökonomischen Theorie der Politik, in: WIST (1973), S. 458.

<sup>5</sup> Vgl. H. R i b h e g g e, a. a. O., S. 25 ff.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, S. 16 ff.

<sup>7</sup> Vgl. K. B o r c h a r d: Strukturwirkungen des Inflationsprozesses, Sonderschrift des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 28, Berlin 1972, S. 9.

deren stabilitätspolitischer Auswirkungen zeigt dabei eine typische Prisoner's-Dilemma-Struktur<sup>8</sup>.

Ein Zweipersonenspiel wird als Prisoner's Dilemma bezeichnet, wenn beiden Spielern jeweils zwei Strategiealternativen offenstehen, deren unterschiedliche Kombinationen zu Gesamtergebnissen führen, wie sie in der folgenden „Auszahlungsmatrix“ der Nutzenniveaus beider Spieler dargestellt sind:

Strategien des A Strategien des B	A <sub>1</sub>	A <sub>2</sub>
	B <sub>1</sub>	a <sub>3</sub> , b <sub>3</sub>
B <sub>2</sub>	a <sub>1</sub> , b <sub>4</sub>	a <sub>2</sub> , b <sub>2</sub>

A<sub>i</sub> bzw. B<sub>j</sub> mit i = 1,2 seien die möglichen Strategien der Spieler A und B. Die Nutzenniveaus der beiden Spieler werden durch a<sub>j</sub> bzw. b<sub>j</sub> mit j = 1,...4 angegeben, wobei eine höhere Indexzahl eine höhere ordinale Rangstufe der Nutzenskala angibt. Da jeder der beiden Spieler natürlich sein höchstes Nutzenniveau (a<sub>4</sub> bzw. b<sub>4</sub>) zu erreichen sucht, werden beide Spieler die aus ihrer individuellen Sicht optimale Strategie 2 anstreben. Die Kombination dieser beiden Strategien A<sub>2</sub> und B<sub>2</sub> bewirkt allerdings für beide Akteure bedeutend geringere Wohlfahrtswerte als erhofft (a<sub>2</sub>, b<sub>2</sub>). Eine für beide Beteiligten günstigere Alternative wäre die Strategiekombination A<sub>1</sub>, B<sub>1</sub> mit den Nutzenniveaus a<sub>3</sub>, b<sub>3</sub>. Dieses Verhaltensergebnis ist jedoch instabil, da jeder Spieler fürchtet, der Gegner werde die Maßnahme 2 ergreifen und ihn selbst damit auf das Wohlfahrtsminimum (a<sub>1</sub> bzw. b<sub>1</sub>) abdrängen, so daß schließlich beide Spieler immer wieder jeweils auf Strategie 2 zurückkommen – ein stabiles, aber insgesamt suboptimales Ergebnis.

Im hier analysierten stabilitätspolitischen Kontext lassen sich z. B. die Unternehmenseite und die Gewerkschaftsseite als Gegenspieler A und B auffassen, deren Strategien A<sub>1</sub> bzw. B<sub>1</sub> jeweils einen stabilitätskonformen, kooperativen Charakter haben (zurückhaltende Preis- bzw. Lohnpolitik) und deren Maßnahmen A<sub>2</sub> bzw. B<sub>2</sub> stabilitätswidrige, aggressive Tendenzen

zeigen (Gewinnexpansion bzw. Lohndruck). Die Kombination A<sub>1</sub>, B<sub>1</sub> bedeutet ceteris paribus eine inflationsfreie Vollbeschäftigungssituation<sup>9</sup>. Ist diese gesamtwirtschaftlich optimale Situation jedoch realisiert, so taucht das Außenseiterproblem auf. Beiden Tarifparteien erscheint es rational, bei anhaltender Vollbeschäftigung durch Preiserhöhungen (A<sub>2</sub>) bzw. Lohnsteigerungen (B<sub>2</sub>) zu versuchen, die eigene Verteilungsposition zu verbessern. Solange der Gegenspieler sich noch stabilitätskonform verhält (B<sub>1</sub> bzw. A<sub>1</sub>), kann der Außenseiter auf Kosten des Tarifpartners und auf Kosten der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt (Inflationsschub) seine eigene Wohlfahrt steigern. Da jedoch keine der Tarifparteien auf Dauer eine verteilungspolitische Diskriminierung hinnehmen will, wird deren Reaktion zu einem entsprechenden Lohndruck (bei vorhergehender Gewinnexpansion) bzw. zu einem entsprechenden Preisschub (bei vorhergehender Lohndrift) führen (A<sub>2</sub>, B<sub>2</sub>), was mit sich verfestigenden Inflationserwartungen verbunden ist. Verzichtet Regierung und Bundesbank auf eine Alimentierung dieser inflationären Entwicklung, so reagieren die mikroökonomischen Entscheidungsträger mengenmäßig und nicht preismäßig, und es kommt zur Stagflation.

Da die Ausprägungen des Prisoner's Dilemma der Stabilitätspolitik also auch wesentlich vom Verhalten der Bundesbank als der „Hüterin des Geldwertes“ abhängen, sei der Konflikt am Beispiel der Interaktionen zwischen tarifpolitischen und geldpolitischen Strategien nochmals konkretisiert<sup>10</sup>.

Während die Tarifpolitik der Gewerkschaften wieder entweder kooperativ stabilitätsorientiert oder aktiv umverteilungsorientiert sein kann, steht der Bundesbank eine restriktive, antiinflationäre oder eine expansive, Preisspielräume gewährende Geldpolitik offen. Die gesamtwirtschaftlichen Resultate der verschiedenen Strategiekombinationen zeigt die Matrix.

Da die Bundesbank ihrer Aufgabe und Funktion nach das Ziel der Preisniveaustabilität intensiver verfolgt als das Ziel der Vollbeschäftigung und die Einzelgewerkschaften vor allem die Optimierung der eigenen

Bundesbank Gewerkschaften	expansiv	restriktiv
	kooperativ	Vollbeschäftigung mittlere Löhne geringere Inflation
aktiv	zeitweise hohe Beschäftigung hohe Löhne hohe Inflation	geringe Beschäftigung mittlere Löhne mittlere Inflation

<sup>8</sup> Zur Theorie des Prisoner's Dilemma vgl. R. Luce, H. Raiffa: Games and Decision, New York 1957, S. 90 ff.; sowie W. Lee: Psychologische Entscheidungstheorie, Weinheim 1977, S. 306 ff.

<sup>9</sup> Vgl. im folgenden auch H. Ribhegge, a. a. O., S. 39 ff.

<sup>10</sup> Vgl. im folgenden C. von Weizsäcker: Das Problem der Vollbeschäftigung heute, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 1/1978, S. 45 ff.

Lohnstruktur bezwecken und auf eine Vollbeschäftigungsgarantie der staatlichen Fiskalpolitik vertrauen, wird die Bundesbank bei jeder gewerkschaftlichen Strategie einen restriktiven Kurs bevorzugen, und die Gewerkschaften werden im allgemeinen bei jeder geldpolitischen Maßnahme der umverteilungsorientierten Strategie den Vorzug geben. Diese Kombination einer relativ aggressiven gewerkschaftlichen Politik mit einer restriktiven Politik der Bundesbank führt jedoch zu dem von keiner Seite gewünschten Resultat einer stagflationären Entwicklung, während die Verbindung einer zurückhaltenden Lohnpolitik mit einer expansiven Geldpolitik durch eine relativ preisstabile Vollbeschäftigungssituation beiden Parteien einen höheren Zielerreichungsgrad gewähren würde.

### Unsicherheit als Instabilitätsfaktor

Eine Hauptursache dieser suboptimalen Verhaltensweisen der stabilisierungspolitischen Entscheidungsträger ist die Unsicherheit über die Aktionen und Reaktionen der anderen konjunkturpolitisch relevanten Gruppen bzw. allgemein über die künftige konjunkturelle Entwicklung. Die Zurechnung von Handlungsergebnissen zu bestimmten Handlungen bestimmter Akteure ist daher ex ante nicht voll objektivierbar<sup>11</sup> und muß mit subjektiven Erwartungswerten gewichtet werden.

Diese Unsicherheit über die Auswirkungen eigener Maßnahmen ist dabei nicht nur in der notwendigen Erwartungsbildung über die Reaktionen der stabilitätspolitischen Gegenspieler begründet, sondern auch in der Unkenntnis von Aktionen anderer Mitglieder der eigenen Gruppe. Die Erwartung eines stabilitätswidrigen Verhaltens der eigenen Gruppenmitglieder läßt ein alleiniges stabilitätsorientiertes Handeln als nutzlos erscheinen, und ebenso läuft die Gruppe als Gesamtheit immer Gefahr, bei einem eigenen stabilitätsbewußten Agieren durch die Außenseiterposition der gegnerischen Gruppe übervorteilt zu werden.

Auch die Erwartungsbildung über die künftige Konjunkturlage kann zu weiteren Instabilitäten führen. So müssen die Tarifparteien z. B. bedenken, daß sie unter Umständen einem Aufschwung dadurch die Grundlage entziehen, daß sie ihn in ihren Tarifabschlüssen bereits vorwegnehmen<sup>12</sup>. Denn wird von allen im Vertrauen auf ein stabilitätsbewußtes Verhalten der jeweils anderen Träger der Konjunkturpolitik versucht, eine Außenseiterposition einzunehmen, so kann der einkalkulierte, die Verteilungsspielräume gewährenden Aufschwung gar nicht zustande kommen.

<sup>11</sup> Vgl. C. von Weizsäcker, a. a. O., S. 47.

Welchen Weg gibt es nun, um dieser Prisoner's-Dilemma-Situation zu entgehen und die einzelwirtschaftlichen Akteure zu überzeugen, ihre Entscheidungen an der gesamtwirtschaftlichen Zielvorgabe auszurichten?

### Kooperative Lösung

Der Ansatzpunkt zur Lösung des stabilitätspolitischen Konflikts ist die Verringerung der Unsicherheit über das Verhalten der anderen Wirtschaftsteilnehmer. Gegenseitige Informationen über die jeweiligen Absichten und Ziele führen dazu, daß die Problematik und die Auswirkungen der Prisoner's-Dilemma-Situation erkannt werden. Wenn deutlich wird, daß die für jede Partei ceteris paribus am attraktivsten erscheinenden Maßnahmen zu Strategiekombinationen führen, die sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus individueller Sicht suboptimal sind<sup>13</sup>, so ist der Grundstein für eine Revision der Verhaltensweisen gelegt. Aus dieser Erkenntnis folgt die Einsicht in die Notwendigkeit eines koordinierten, kooperativen Verhaltens mit dem Versuch, durch gemeinsame Absprachen über die strategischen Maßnahmen die Einnahme von stabilitätswidrigen Außenseiterpositionen zu verhindern.

Dabei kommt es nicht nur auf die Informations- und Koordinationsbereitschaft zwischen den und insbesondere innerhalb der Tarifparteien an, sondern auch auf die diesbezügliche Mitarbeit von Bundesbank und Regierung. Verkündet die Regierung z. B. rechtzeitig und glaubhaft, daß sie mit Unterstützung einer restriktiven Geldpolitik der Bundesbank eine konsequente, antiinflationäre Nachfragesteuerung anstreben wird, und dies gegebenenfalls auch auf Kosten der Vollbeschäftigung, so wird dies die Tarifparteien eher von destabilisierenden Preis- und Lohnforderungen abhalten<sup>14</sup> als bei ungewissen Erwartungen über die Zielsetzungen dieser konjunkturpolitischen Entscheidungsträger. Allerdings bietet nur eine Gestaltung der kooperativen Beziehungen, die mehr als einen rein informellen Charakter aufweist und eine Koordinierung der Einzelaktivitäten der Beteiligten durch Verhandlung und bindende Abmachungen beinhaltet, einen möglichen Schutz vor dem Außenseiterproblem.

### Erweiterte Konzertierte Aktion

In der Praxis wurde versucht, eine effiziente Kooperation zwischen der Regierung und den Wirtschafts-

<sup>12</sup> Vgl. Sachverständigenratsgutachten (1978), Ziff. 385.

<sup>13</sup> Vgl. H. Ribhegge, a. a. O., S. 42.

<sup>14</sup> Vgl. C. von Weizsäcker: Grenzen der traditionellen Globalsteuerung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 189 (1974), S. 19.

verbänden durch die Schaffung der Konzertierten Aktion<sup>15</sup>, d. h. durch gleichzeitiges und aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände, zu erreichen. Die Konzertierte Aktion lieferte die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Vorgabe von Orientierungsdaten der Bundesregierung zur Ex-ante-Koordination der Entscheidungen der übrigen konjunkturpolitisch relevanten Gruppen. Als wesentlicher Mangel dieses Konzepts freiwilliger Verhaltensabstimmungen erwies sich die Tatsache, daß die Koordinierungsgremien keine Entscheidungsbefugnis hatten und damit die getroffenen Vereinbarungen unverbindlich blieben<sup>16</sup> und die einzelwirtschaftlichen Entscheidungsträger aufgrund irrationaler Erwartungen weiterhin den Versuch der individuellen Nutzenmaximierung vorzogen.

Zur Vermeidung solcher Entwicklungen wäre der Einbau von Mechanismen notwendig, die die Einnahme von Außenseiterpositionen nicht mehr lohnend machen. Dies wäre z. B. ein glaubhaft vorangekündigter Stabilitätskurs von Bundesbank und Bundesregierung und der Verzicht auf die Zusage einer Vollbeschäftigungsgarantie des Staates. Auf der Basis einer solchermaßen konsistenten Stabilitätspolitik des Staates könnte die Bildung rationaler Erwartungen<sup>17</sup> bei allen Gruppen, insbesondere auch den tarifpolitisch kompetenten Einzelverbänden, gefördert werden. Hierzu böte sich eine um die wichtigsten Einzelverbände erweiterte Konzertierte Aktion als ein geeigneter institutioneller Rahmen an.

### Internationale Relevanz

Eine kooperative Stabilisierungspolitik, die die individuellen Interessengegensätze durch Betonung der gemeinsamen Verantwortlichkeit für gesamtwirtschaftli-

che Zielsetzungen zu mildern sucht, ist nun nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen von Relevanz. Zwar können – gerade im System flexibler Wechselkurse – die nationalen Regierungen zunächst unabhängige Stabilisierungspolitiken verfolgen, doch sind diese immer mit Auswirkungen auf die ausländische Wirtschaftsentwicklung verbunden und führen dort unter Umständen zu Gegenreaktionen, die für das Inland negativ sind. Eine genaue Kenntnis der in- und ausländischen Wirkungen nationaler wirtschaftspolitischer Maßnahmen und eine Analyse des strategischen Verhaltens beider Länder sind auch hier der erste Schritt zur Vermeidung von Prisoner's-Dilemma-Situationen<sup>18</sup>. Internationale Koordinationsgremien, die durch kooperative Absprachen destabilisierende, für alle beteiligten Länder suboptimale Außenseiterpositionen verhindern könnten, sind daher mit einer wachsenden weltweiten ökonomischen Interdependenz nationalen Einzelentscheidungen überlegen.

In der Realität steht jedoch die internationale kooperative Stabilisierungspolitik vor den gleichen Problemen bei der realen Durchführung wie die hier gezeigten Ansätze der nationalen kooperativen Stabilisierungspolitik. Die sich durch eine solche Politik eröffnenden Chancen einer konfliktfreieren Lösung der Interessengegensätze sprechen allerdings hier wie da für weitere Versuche einer praktischen Realisierung dieses theoretischen Konzepts.

<sup>15</sup> Vgl. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 1967, § 3.

<sup>16</sup> Vgl. D. Cassel, H. Thiele: Einkommenspolitik, Köln 1977, S. 74.

<sup>17</sup> Vgl. zur Theorie rationaler Erwartungen u. a. B. Kühn: Rationale Erwartungen und Stabilisierungspolitik, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 60. Jg. (1980), H. 3, S. 156 ff.

<sup>18</sup> Vgl. R. Ohr: Internationale Interdependenz nationaler Geld- und Gütermärkte bei flexiblen Wechselkursen, Hamburg 1980, S. 163 ff.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l)

**REDAKTION:**  
Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

**Anschrift der Redaktion:** 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

**HERSTELLUNG UND VERTRIEB:**  
Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

**Anzeigenpreisiiste:** Nr. 13 vom 1. 7. 1974

**Bezugspreise:** Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,- (Studenten: DM 40,-)

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.

**Anschrift des Verlages:** 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 500